



Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Geschäftsbericht 2000

Geschäftsbericht des Vorstands und der Geschäftsführung des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch Kranker e.V. für das Jahr 2000

Das Jahr 2000 war gekennzeichnet durch einen starke Veränderungen im personellen Bereich. Mit Frau Julius als neuer Schatzmeisterin musste sich ein neues Vorstandsmitglied mit hohem Arbeitsaufwand in ein für den Verband bedeutsames Aufgabengebiet einarbeiten, Frau Norberger kehrte nach einjähriger Unterbrechung als Vertreterin der Länder in den Vorstand zurück, die wissenschaftliche Referentin des BApK, Frau Kubny-Lüke, wechselte zur Aktion psychisch Kranke. Ihr folgte Frau Fischer, die sich ab Mitte Mai in die Geschäfte des BApK einarbeitete. Auch im Bereich Bürosachbearbeitung gab es einen vollständigen Wechsel. Frau Scholz und Frau Herold verließen im Oktober die Geschäftsstelle, im Dezember bzw. Januar traten Frau Grünberg für den BApK und Frau Nostatt für den Dachverband ihren Dienst an. Erstmals wurde eine klare Zuordnung der Sachbearbeiterinnen zu den jeweiligen Verbänden vereinbart, was zu einer besseren Überschaubarkeit der Arbeitsbereiche der Mitarbeiterinnen führen soll.

1. Arbeitsgebiete

Bei den Tätigkeiten des Vorstands wurde folgende Aufgabenverteilung zu Grunde gelegt:

Herrn Dr. Speidel als Vorstandsvorsitzendem oblag die Verbandsleitung und Vertretung des Verbandes nach innen und außen. Schwerpunkt seiner Tätigkeit war die Lobby-Arbeit sowie die Koordinierung der Projekte.

Frau Bredendiek als stellvertretende Vorsitzende nahm nach Absprache mit dem Vorsitzenden für diesen Außentermine wahr und vertrat ihn in der Projektkoordination. Sie war die Ansprechpartnerin des Vorstands für das Pressebüro Berlin.

Als neue Schatzmeisterin arbeitete sich Frau Julius in alle Finanzvorgänge des Verbandes ein, kümmerte sich um die verbandsinternen Kommunikationswege und zusammen mit dem Vorsitzenden um Personalangelegenheiten und sorgte für die Beantragung von Fördermitteln bei Krankenkassen. An zahlreichen Präsenztagen in der Bundesgeschäftsstelle waren sie direkte Ansprechpartner der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen.

Herr Schaeffer als Schriftführer war für den Verband der Ansprechpartner in rechtlichen Fragen und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Frage der Stiftungsgründung.

Die Einwerbung von Industriefördermitteln, die Repräsentation des Verbandes im internationalen Rahmen und die Beteiligung des BApK an Forschungsvorhaben waren die Aufgabengebiete von Frau Brand, während Frau Norberger und Herr Kosch vor allem die gesundheits- und sozialpolitischen Gesetzgebungsverfahren verfolgten und Stellungnahmen erarbeiteten.

Herr Speidel, Frau Julius und Herr Schaeffer waren als Mitglieder des Koordinierungsausschusses verantwortlich für alle Fragen der Zusammenarbeit mit dem Dachverband im Rahmen der Gemeinsamen Geschäftsstelle.

Insgesamt vertraten die Vorstandsmitglieder an zusammen 97 Tagen den Verband nach außen und setzten sich für die Belange der Angehörigen ein. Darüber hinaus wurde der BApK bei den verschiedenen Kooperationspartnern von seiner Geschäftsführerin und seiner Pressereferentin vertreten. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass eine Vielzahl von Außenterminen wahrgenommen werden konnten, ohne dass hierbei Reisekosten für den Verband entstanden.

2. Lobbyarbeit

Tatsächliche Gleichstellung der Menschen mit psychischen Erkrankungen gegenüber somatisch Kranken, Unterstützung der Familien und Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten der Angehörigen im politischen Raum waren die Ansatzpunkte für die politischen Kontakte im vergangenen Jahr. Im Januar fand ein Gespräch mit MdB Christian Lange statt. Es wurde ein „Parlamentarisches Frühstück“ mit Abgeordneten aller Fraktionen in Berlin geplant und die mögliche Übernahme einer Schirmherrschaft durch eine politisch bekannte Persönlichkeit eruiert.

Am 10. Februar 2000 hatte der Vorsitzende Gelegenheit, im Rahmen eines Gesprächs mit Gesundheitsministerin Fischer die Anliegen und politischen Forderungen der Angehörigen psychisch Kranker zu verdeutlichen. Dabei ging es auch um die Einbeziehung des BApK in ein neu zu konstituierendes Psychiatrie-Forum beim Bundesgesundheitsministerium, in dem alle psychiatrie-relevanten Kräfte vertreten sein sollen. Die Einbeziehung der Selbsthilfe im Vorfeld des politischen Entscheidungsprozesses war ein Anliegen der ausgeschiedenen Gesundheitsministerin und ihres Staatssekretärs; hieran anzuknüpfen wird künftige Verbandsaufgabe sein.

Im Mai war der Verband an der Behindertenkonferenz der SPD-Fraktion im Reichstag beteiligt. Hier wurde im Rahmen eines informellen Gesprächs mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Haack, und der Sprecherin für die Belange der Behinderten, Regina Schmidt-Zadel, ein offizielles Gespräch im Bundesministerium für Arbeit geplant. Das Gespräch konnte dann im Oktober mit dem Behindertenbeauftragten geführt werden. Es wurde dabei über die Gleichstellung psychisch Kranker gegenüber somatisch Kranken gesprochen und das Thema „Beschäftigungsmöglichkeiten für psychisch Kranke“ im Hinblick auf das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des SGB IX erörtert.

Das Thema „Gleichstellung mit somatisch Kranken“ war auch ein zentrales Thema des Parlamentarischen Frühstücks, das im November stattfand. Die anwesenden Politiker, u.a. Monika Knoche (Bündnis 90/Grüne), Helga Kühn-Mengel (SPD) und Ulf Fink (CDU) zeigten sich an den Problemen psychisch Kranker und ihrer Familien sehr interessiert und waren auch hinsichtlich aktueller politischer Fragen, wie etwa der Budgetierung, aufgeschlossen.

Christian Lange sicherte seine Unterstützung beim Aufbau einer Lobby für psychisch Kranke und ihre Familien im bundespolitischen Raum zu. An diesen begonnenen Dialog ist anzuknüpfen.

Bis Jahresende fanden darüber hinaus noch vier Gespräche mit Mitarbeitern des Bundesgesundheitsministeriums statt, bei denen es um künftige Verbandsprojekte sowie die Konsolidierung der Rahmenbedingungen für eine weitere erfolgreiche Arbeit des BApK ging.

Mehr und mehr waren die Angehörigen im bundespolitischen Umfeld auch als Experten in eigener Sache gefragt. So wurde eine Stellungnahme zum „White Paper über die Menschenrechte in der Psychiatrie“ in Kooperation mit dem Landesverband Thüringen und fachlicher Unterstützung von Dr. Manfred Ziepert, Chefarzt Psychiatrie I des Landesfachkrankenhauses Stadtroda erarbeitet. Auch zur Novellierung des SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) konnten durch die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesverband Berlin und das fachliche Engagement von Herrn Dr. Breitschaft und Frau Jacobi die spezifischen Interessen psychisch erkrankter Menschen und ihrer Familien ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. Nach Einreichung der Stellungnahme zum SGB IX wurde der BApK zu einer Experten-Anhörung im Bundestag geladen. Flankierend hierzu wurde auf Initiative des Landesverbandes Sachsen-Anhalt eine Unterschriftenaktion zur Existenzsicherung auch für Behinderte durchgeführt, die mit starker Unterstützung aller Landesverbände insgesamt über 7000 Unterschriften zusammentrug. Diese Unterschriften sollen noch im Frühjahr im Bundesarbeitsministerium übergeben werden.

3. Kooperationen

3.1 Zusammenarbeit mit dem Dachverband psychosozialer Hilfsvereinigungen

Die Zusammenarbeit mit dem Dachverband entwickelte sich im zurückliegenden Jahr positiv. Einerseits konnte eine Strategie größerer formaler Unabhängigkeit verfolgt werden, die sich u.a. darin äußert, dass die Finanzen von BApK, Dachverband und Gemeinsamer Geschäftsstelle nunmehr konsequent getrennt wurden, dass der BApK durch die verbandseigene Finanzierung eines Stellenanteils – der ausschließlich für Aufgaben der Verbandsgeschäftsführung bestimmt ist – für eine stärkere Vertretung seiner originären Verbandsaufgaben sorgen konnte und dass eine personelle Zuordnung der Sachbearbeitungskapazitäten in der gemeinsamen Geschäftsstelle zu größerer Planungssicherheit für Verbandsaufgaben führen konnte.

In insgesamt fünf Sitzungen konnten im Koordinierungsausschuss die Grundlinien für die Arbeit der Gemeinsamen Geschäftsstelle erörtert und im Konsens festgelegt werden. Dies galt auch für die im letzten Jahr notwendigen Personalentscheidungen und finanzielle Vorhaben. Bei teilweise vorhandenen unterschiedlichen Interessenslagen der beiden Verbände konnten Konflikte konstruktiv diskutiert und einvernehmlich gelöst werden, die personelle

Zusammenarbeit war auf Vorstands- wie auf Geschäftsführungsebene problemlösungsorientiert und durchweg harmonisch.

3.2. BMG-geförderte Kooperationsprojekte

Schwerpunkt der Aktivitäten des BApK im letzten Jahr waren die vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Projekte im Rahmen der Gemeinsamen Geschäftsstelle. In Kooperation mit dem Dachverband psychosozialer Hilfsvereinigungen und dem Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen (BPE) diente die Gemeinsame Geschäftsstelle als Anlaufstelle für die vielfältigsten Anfragen von Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen, Professionellen und Journalisten. Für die drei Verbände und ihre Untergliederungen konnten außerdem Serviceleistungen, wie Informationsbündelung und -weitergabe, Herstellung von Kontakten und Materialbereitstellungen erbracht werden.

Über die Gemeinsame Geschäftsstelle wurde außerdem die komplette Vorbereitung und Realisierung der in Kooperation mit dem Dachverband durchgeführten Kölner Dialog-Tagung im Juni „Lebenswelten – zwischen Platte und Klinik“ sowie die Bundestagung des BApK „Ökonomische und soziale Belastungsfaktoren der Angehörigen psychisch Kranker“ im Oktober in Leipzig abgewickelt. Im Zusammenhang mit der Bundestagung wurde eine Literaturrecherche über Studien zur Angehörigensituation in Auftrag gegeben, deren erste Ergebnisse in Leipzig präsentiert wurden.

Seitens des Bundesgesundheitsministeriums wurde im Zeitraum August bis Dezember 2000 ein Kooperationsprojekt „Aufbau offensiver Öffentlichkeitsarbeit aller drei nutzerorientierten Verbände“ gefördert. Ein Großteil der Realisierung erfolgte in der neu geschaffenen Pressestelle des BApK in Berlin (s.u.). Für den BPE erfolgte in Eigenregie eine Überarbeitung des Internetangebots. Für den Dachverband und den BApK wurde der Service-Charakter der Psychosozialen Umschau durch die Erarbeitung und Erstellung von vier Service-Beilagen (Ratgeber Stimmenhören, Ratgeber Öffentlichkeitsarbeit I und II sowie Handreichungen zur Belastungssituation der Angehörigen psychisch Kranker) verbessert, ein Adressverteiler für Mailing-Aktionen erarbeitet sowie das Internetangebot des BApK im Rahmen des Psychiatrie-Netzes profiliert.

3.3 Kooperationen mit Krankenkassen

Obgleich sich im vergangenen Jahr bereits die politische beabsichtigte Ausweitung der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen hätte deutlich bemerkbar machen müssen, war die reale Erhöhung der Förderbeträge nur sehr gering. Sie trug jedoch mit dazu bei, dass erstmalig eine telefonische Angehörigenberatung an zwei Nachmittagen eingerichtet werden konnte. Dieses Beratungsangebot wird in zunehmendem Maße genutzt und soll im kommenden Jahr erheblich ausgeweitet werden. Im Gegensatz zu regionalen Beratungsangeboten kommt dieser zentralen Beratung neben der Einzelfallhilfe in starkem Maße auch eine Verweisungsfunktion auf passende Hilfsangebote im Gesundheits- und Sozialsystem sowie auf die Beratungsangebote der Landesverbände zu. Es soll daher perspektivisch neben der Beratung „von Angehörigen für Angehörige“ auch eine Expertenberatung angeboten werden.

3.4 Kooperation mit Sponsoren

Mit den gewachsenen Einflussmöglichkeiten für den Bundesverband ging auch eine Zunahme von Aufgaben einher, für die der Verband dringend eigene Personalressourcen benötigt. Allein über öffentliche Förderung und Mitgliedsbeiträge ist dies nicht möglich. Der Zusammenarbeit mit Sponsoren kam daher im vergangenen Jahr zunehmende Bedeutung zu. Es wurden zwei Kooperationsvereinbarungen mit den Unternehmen Lilly Deutschland GmbH (ab Juni) und Janssen Cilag GmbH (ab Dezember) unterschrieben. Diese Kooperationen wurden durch Veröffentlichung transparent gestaltet.

Mit Hilfe dieser Unternehmensförderungen konnte im Juli das Pressebüro des BApK in Berlin seine Arbeit aufnehmen und stellt seitdem ein wichtiges Bindeglied zu den in Berlin ansässigen Medien, der Regierung sowie zum Parlament dar. Auch die im Jahr 2000 erstmalig geschaffene eigene BApK-Geschäftsführer-Position ist dauerhaft ohne Sponsoren nicht finanzierbar.

Da die finanzielle Unabhängigkeit des Verbandes von einzelnen Geldgebern gewährleistet sein muss, wurden in diesem Jahr Anstrengungen unternommen, zu weiteren Firmenkooperationen zu gelangen. Entsprechende Gespräche mit Sanofi-Synthelabo und Wyeth-Pharma sind noch nicht abgeschlossen.

Neben diesen Sponsoring-Beziehungen wurde die erfolgreiche Arbeit des BApK zum Anlass für einzelne Spendenaktionen von Pharmaunternehmen genommen. So wurde die Arbeit des Verbandes im vergangenen Jahr durch Spenden von Pfizer und Astra-Zeneca tatkräftig unterstützt.

4. Internationale Kontakte

Neben seinem Vorstandsmitglied Ursula Brand war der BApK 2000 durch Peter Arp, Annegret Eck und Wolfgang Gottschling im europäischen Angehörigenverband EUFAMI vertreten. Höhepunkt der Zusammenarbeit im vergangenen Jahr war die Ausrichtung der EUFAMI-Delegiertenversammlung im April in Berlin. Durch das verdienstvolle Engagement von Frau Eck und Frau Bredendiek und deren gute Zusammenarbeit mit dem europäischen Angehörigenverband fanden 120 Angehörigenvertreter aus 23 Nationen einen angemessenen Rahmen zum Austausch über Öffentlichkeitsarbeit, die Rolle der Medien, die Schaffung einer besseren Lobby und die Gestaltung von Partnerschaften.

Mit der World Psychiatric Association (WPA) fand eine Zusammenarbeit im Rahmen eines Expertengesprächs zur Erarbeitung eines international abgestimmten Consensuspapiers zum Stellenwert von Antipsychotika der zweiten Generation statt.

Als stimmberechtigtes Mitglied war der BApK auch auf der Fourth Biennial Conference des Weltverbands der Angehörigen (WFSAD) in Jerusalem präsent. Frau Brand hielt einen Vortrag zu „Ten Years of Psychosis Seminars in Germany“.

5. Mitarbeit in Gremien

5.1 Mitarbeit in Fachverbänden und auf Fachtagungen

Der BApK war im vergangenen Jahr auf vielen Fachtagungen vertreten. Mit Referaten oder Statements war er u.a. an folgenden Veranstaltungen beteiligt:

„Die subjektive Seite der Schizophrenie- Die Bedürfnisse der Patienten und Angehörigen“, im März in Hamburg
DGSP-Landestagung „Psychose in der Familie“ im April in Berlin
Forum Reha im Mai in Hamburg
Pfizer-Tagung „Der psychiatrische Notfall“ in Heidelberg
Experten-Gespräch „Angehörigenarbeit 2000, Projekte-Prognosen-Visionen“ im Juni in München
DGPPN-Tagung im Juni in Aachen, Übergabe des Journalisten-Preises im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung
Landesfachtagung im September in Hamm
Landesfachtagung Psychiatrie im September in Erfurt
Landesfachtagung im Oktober in Neuruppin
APK-Tagung „25 Jahre Psychiatrie-Enquete“ im November in Bonn
Langenfelder Symposium im Februar 2001

Seit der Auftakt-Veranstaltung im Juni 2000 in Düsseldorf arbeitet der BApK mit dem Kompetenznetz Schizophrenie zusammen. Bei dieser Veranstaltung war Frau Brand auf dem Podium und mit einem Kurzreferat vertreten. Sie arbeitet im erweiterten Vorstand des Kompetenznetzes für den Bundesverband mit. Auch zum neu gegründeten Kompetenznetz Depression und Suizid gibt es mittlerweile Kontakte und eine Mitarbeit im erweiterten Vorstand.

Seit November ist der BApK auch im Patientenbeirat bei der Bundesärztekammer vertreten. Auf unsere Initiative hin wird auf einer der nächsten Sitzungen das Thema „Psychoedukation als kassenärztliche Leistung“ behandelt werden.

5.2 Mitarbeit bei BAGH und DPWV

Im vergangenen Jahr arbeitete der BApK in verschiedenen Gremien des Dachverbandes der Selbsthilfeverbände, der BAGH, mit. So war er im Arbeitskreis Chronisch Kranke und im Rechtsausschuss vertreten und brachte dort die spezifischen, bislang unterrepräsentierten Belange der psychisch Kranken und ihrer Angehörigen ein.

Mit selber Zielsetzung arbeitet der Bundesverband im Arbeitskreis Chronisch Kranke des DPWV mit. Hier steht die Information über das aktuelle politische Geschehen im Vordergrund.

Die Möglichkeit zur Information wurde ebenfalls durch die Teilnahme an der zentralen Veranstaltung der BAGH und des DPWV im Dezember zur Selbsthilfeförderung der Krankenkassen genutzt.

6. Sonstige Verbandsprojekte

Im zurückliegenden Jahr fand sich der Bundesvorstand zu fünf Vorstandssitzungen zusammen. Daneben fanden fünf Sitzungen des Koordinierungsausschusses der Gemeinsamen Geschäftsstelle statt. Vorstandsmitglieder nahmen für den Bundesverband an Veranstaltungen der Landesverbände in Thüringen, Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen sowie an der Länderratssitzung teil.

Ein wichtiges verbandsinternes Ereignis stellte die Delegiertenversammlung in Jena im Mai dar. Hier wurde nach intensiven Vorarbeiten die neue Satzung des Verbandes beschlossen.

Über die bereits beschriebenen Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit hinausgehend sind die zweimalige Teilnahme des Bundesverbandes am „Markt der Möglichkeiten“ zu nennen, einer von der Firma Lundbeck organisierten Veranstaltung, die sich in erster Linie an Haus- und Allgemeinärzte richtet. Da die Mehrzahl der psychisch erkrankten Menschen nach wie vor bei Praktischen Ärzten in Behandlung ist, sollte dieses Forum unbedingt weiter zur Informationsvermittlung genutzt werden. Die Veranstaltungen sind darüber hinaus ein wichtiges Mittel der PR-Arbeit für die Landesverbände des BApK, da hier intensiv über die regionalen Selbsthilfeangebote informiert wird.

Ein weiteres Projekt im Bereich Informationsvermittlung ist die Herausgabe der Broschüre „Krisen- und Notfalldienste“ in der die Beiträge des 18. Bundestreffens zu diesem wichtigen Thema dokumentiert sind. Außerdem ist als Beitrag zur Unterstützung der Arbeit der lokalen Gruppen sowie der Landesverbände die ebenfalls im letzten Jahr erschienene Broschüre „Leitfaden Öffentlichkeitsarbeit“ konzipiert worden.

7. Fazit und Ausblick

Die große Zahl an Aktivitäten macht deutlich, dass es dem Verband gelungen ist, sich zu einem nachgefragten und zuverlässigen Gesprächspartner zu entwickeln, wann immer es um die Belange psychisch Kranker und ihrer Angehörigen geht. Gleichwohl gibt es zahlreiche Aufgaben, die mangels personeller Ressourcen nicht in Angriff genommen werden konnten, obgleich dies im Interesse der Sache geboten gewesen wäre. Berücksichtigt man, dass zu den zahlreichen durch den Vorstand wahrgenommenen Außenterminen auf Grund der bundesweiten Tätigkeit noch durchschnittlich ein Reisetag hinzukommt und darüber hinaus noch von zu Hause regelmäßig die vielfältigsten Verbandsaufgaben zu verrichten sind (für den Bereich der Schatzmeisterin und des Vorsitzenden hat dies zeitweise das Ausmaß eines Ganztagsjobs angenommen), so wird die Grenze der ehrenamtlich leistbaren Aufgabenerfüllung sehr schnell deutlich.

Durch die Schaffung des Pressebüros in Berlin, die Finanzierung einer verbandseigenen Teilzeit-Geschäftsführerstelle und Einrichtung einer Beratungssprechstunde konnten erstmalig im Mitarbeiterbereich die Voraussetzungen für die notwendige Konsolidierung der Verbandsarbeit gelegt

werden. Die dauerhafte Absicherung dieser Personalressourcen ist daher eine wichtige Aufgabe für das laufende Geschäftsjahr.

Da der BApK in immer stärkerem Maße im politischen Bereich als „Experte in eigener Sache“ zu diversen Sachproblemen gefragt ist, bedarf es dringend eines mit den Ländern abgestimmten Positionspapiers zu allen aktuellen Aktivitätsfeldern des Verbandes. Hierzu soll eine „Agenda 2006“ unter Einbeziehung aller Mitglieder erarbeitet werden.

De facto ist es dem Verband im vergangenen Jahr gelungen, sich in den für ihn relevanten Problemfeldern in die öffentliche Diskussion einzubringen. Festzustellen ist jedoch, dass im Bereich der Selbstdarstellung der Angehörigenselbsthilfe dringende Verbesserungen notwendig sind. Hierzu sind einerseits die vielfältigen, erfolgreichen Aktivitäten der Landesverbände und des Bundesverbandes besser zu koordinieren und zu vernetzen, die Kommunikationswege effektiver zu gestalten sowie die „Schlagkraft“ der Selbsthilfebewegung nach außen zu erhöhen. Im folgenden Geschäftsjahr soll daher ein abgestimmtes, professionalisiertes und an die verbesserten Einflussmöglichkeiten angepasstes Verbandimage dazu beitragen, dass nach dem Motto „Tue Gutes und sprich darüber“ die öffentliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Leistungen der Angehörigenselbsthilfe verbessert wird.